

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannsgasse 33.
Bereitstellung der Redaction:
Bormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Die die Redaction empfangender Kammer
Legation macht sich für die Redaction nicht
verantwortlich.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Zusteller an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 9 Uhr.
In den Filialen für Zus. Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22.
Louis Böhm, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Dienstag den 9. September 1879.

73. Jahrgang.

№ 252.

Kuflage 16,000.

Abonnementpreis viertelj. 4/2 M.;
incl. Frachtlohn 5 M.;
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belohnung 10 Pf.
Belohnung für Extrablätter
ohne Postbefreiung 39 M.
mit Postbefreiung 48 M.

Inserate 5 Gsch. Zeitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Zug nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstempel
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung prosummando
oder durch Postnachschuß.

Bekanntmachung.

In den ehemaligen Fleischbänken im Vorderen der Goethestraße sollen verschiedene
durch den Umbau überflüssig gewordene Gegenstände, als: Thüren, Fenster, Küchenschränke, eiserne Gitter,
Bänke, Eisen, Feuerholz &c.

Samstag, den 11. September d. J. Vormittags 10 Uhr
unter den an Ort und Stelle bekannt zu machenden Bedingungen gegen baare Zahlung versteigert werden.
Som 8. September an können die betreffenden Gegenstände an dem oben genannten Ort in Augen-
schein genommen werden.
Leipzig, den 1. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Baumemann.

Bekanntmachung.

Zur Vermeidung wiederholten Aufreihs der Straßenkörper und zur Erhaltung des guten Zustandes
derselben bestimmen wir hierdurch, daß die in ein Grundstück einzuführenden Privat-Gas- und Wasserleitungs-
anlagen, Beischleusen und Fallrohrunterführungen gleichzeitig auszuführen sind und daß die Beteiligten
gleichzeitig für diese gesammten Verstellungen eintretenden Falles um die erforderliche Genehmigung nachzu-
suchen haben.
Leipzig, am 1. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Baumemann.

Bekanntmachung.

Behufs Ausführung des Schloßumbaus wird derjenige Theil der Emilienstraße, welcher zwischen
der Reiter Straße und der Gabelung der Emilienstraße liegt, für den Fahrverkehr
von Dienstag, den 9. September, ab

bis auf Weiteres gesperrt.
Leipzig, am 6. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung.

Indem wir nochmals auf den am 13. dieses Monats beginnenden ständigen Abschluß des hiesigen
Eisenbahlabens verweisen, machen wir die betreffenden Adjacenten darauf aufmerksam, daß es in ihrem
eigenen Interesse geboten ist, während der Dauer des Abschlusses die etwa erforderlichen Reparaturen an
den Ufermauern vorzunehmen, damit dieselben genügende Widerstandsfähigkeit gegen die Strömungen des
Wassers erhalten.
Leipzig, am 8. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Baumemann.

Der Wahlausruf der nationalliberalen Partei.

Die „freiwillig-gouvernementale“ Presse ist, wie
zu erwarten stand, sofort an die Arbeit gegangen,
um den Wahlausruf der gemäßigt liberalen Partei
einer abfälligen Kritik zu unterwerfen. „Nord-
deutsche Allgemeine“ und „Kreuzzeitung“ treten
Arm in Arm in die Arena und im Tone der
Körgelei wird von dem zuletzt genannten con-
servativen Blatte wie folgt polemisiert:

„Der Aufruf enthält mancherlei Nebenarten
von „freiwilligen Institutionen“, „verfassungs-
mäßigen Einrichtungen“, vom „Gemeinwohl“ und
dergleichen. Reich ist er an schönen Versprechungen
und an guten Borsätzen. Einmal wollen die National-
liberalen in dem Aufruf „eine sparsame Ver-
waltung“, und einige Stellen weiter wollen sie noch
einmal eine „gerechte, besonnene und sparsame Ver-
waltung“; dann sollen die „altbewährten, fran-
zösischen Traditionen des preussischen Staates auf-
recht erhalten“ werden. Für alles Das wollen die
Nationalliberalen eintreten. Das klingt nun freilich
sehr schön und es ist recht erfreulich, daß die National-
liberalen solche gute Borsätze gefaßt haben — aber
wahrlich, man wäre versucht, an der Hand der
finanzlichen Geschichte des letzten Jahres zur
Illustration dieser guten Borsätze eine Satire zu
schreiben.“

Das Verhältnis der nationalliberalen
Partei zu den Conservativen ist, da diese sich
in eine Reihe Gruppen aufgelöst haben, von be-
sonderer Schwierigkeit. Die „Nationalzeitung“
gibt dem in folgenden Worten Ausdruck:

„Der Wahlausruf der nationalliberalen
Partei berührt sich in manchen Punkten mit dem-
jenigen der frei-conservativen Partei und steht in
manchen Punkten sogar demjenigen der neu-con-
servativen Partei nicht allzu fern. Es sind bereits
Versuche angefaßt worden, eine Concordanz, eine
Gedankenharmonie der drei Aufrufe herzustellen,
und sie sind hie und da nicht zurückgewiesen. An
anderen Punkten, namentlich bezüglich der zwei-
jährigen Budgetperiode, tritt freilich der Unter-
schied der nationalliberalen Standpunkte von
demjenigen der beiden conservativen Aufrufe stark
hervor.“

Diese Uebereinstimmung ist sehr erklärlich. Denn
drei Parteien haben einen nennenswerthen Zeit-
raum gemeinsamer Arbeit hinter sich. Sie sind
vereint gewesen zu gemeinschaftlichen positiven
Schaffen. Die Reihe der neuen Verwaltungs-
gesetze, die zu Stande gekommen sind, die Reihe
der kirchlichen Gesetze, die Justizgesetze verbanen
ihre Entstehung einer Verständigung zwischen diesen
Parteien, ihrem Bestreben, den Boden für eine
Thätigkeit zu finden, auf welchem sie, unter Ver-
meidung principieller Einseitigkeiten, zum Vortheile
des Vaterlandes zusammenwirken konnten.

Wenn vereint eine Zeit wiederkehrt, in welcher
die jetzt unterbrochene schöpferische Thätigkeit
wieder fortgesetzt werden kann, werden vorzugs-
sichtlich die drei Parteien auch von Neuem zu-
sammen arbeiten müssen. Die Verhältnisse unseres
Landes sind nicht dazu angethan, zwei große, in
sich geschlossene, einander schroff gegenüberstehende
Parteien herbeizuführen, eine Rechte und eine
Linke, die sich in der Majorität auflösen. Vielmehr
drängen die Verhältnisse unseres Landes darauf
hin, daß die gemäßigten Elemente von beiden
Seiten einen Ausgleich herbeizuführen bestrebt sind.

Für den Augenblick ist aber die Hoffnung auf
eine Möglichkeit gemeinsamen Wirkens in weite
Ferne verschoben. Die Erkenntnis dieser Wahr-
heit leuchtet aus dem Wahlausrufe der National-
liberalen hervor; sie giebt demselben schon eine
Klangfarbe, welche bei aller Uebereinstimmung in
Einzelheiten einen unerkennbaren Unterschied
zwischen ihm und den beiden conservativen Auf-
rufen begründet. Vor drei Jahren konnte die
nationalliberale Partei noch sagen: Wir werden
uns befleißigen, etwas Gutes zu schaffen. Heute
beginnt sich die Partei damit, in allen Tonarten
zu wiederholen: Wir werden bestrebt sein, Uebles

zu vermeiden. Damit ist der Unterschied der Lage
gezeichnet, die uns von dem Zeitpunkt der vorigen
Wahlen scheidet.“

Ueber den Wahlausruf wird uns noch aus
Berlin vom Sonntag geschrieben: „Bei den
Unterchriften des Wahlausrufs der national-
liberalen Partei ist der Osten der Monarchie
ganz unrepräsentativ stark vertreten gegenüber
dem Westen. Dies ist indeß nur dem zufälligen
Umfange zuzuschreiben, daß in der vorbereitenden
Conferenz, welche den provisorischen Entwurf fest-
stellte, feine der rheinischen und westfälischen Mit-
glieder der Partei anwesend war. Aus der Rhein-
provinz sind außer dem Abg. Hohenberg (Samm-
bach-Waldbröl) nur Unterchriften von Wählern
der Städte Elberfeld und Barmen vorhanden, keine
aus Köln, Düsseldorf, Pempelfingen, Mettmann,
Remscheid-Altenkirchen, aus der Saargegend, wo es
überall ziemlich zahlreiche Nationalliberale giebt.
Westfalen ist (wenn man von dem Appellations-
gerichtsbezirk Hamm abliest, der als
Abgeordneter ein Mandat für Frankfurt a. O. hat)
nur durch Unterchriften aus den Wahlkreisen
Altena-Herforn und Witten-Lübbede vertreten,
aus letzterem ausfallend stark, was freilich nicht
hindern wird, daß die beiden Mandate diesmal an
die Conservativen verloren gehen. Auch Nassau
ist nur durch Abgeordnete vertreten, dagegen Frank-
furt a. M. und Hessen auch durch außerparla-
mentarische Parteigenossen. Das Friedrich Deller
nicht unterschrieben hat, ist wohl eben so wenig auf
einen Zufall zurückzuführen, wie das Fehlen der
Unterchriften von Behrens, Gneiß und Oein-
rich v. Sebel, welche letzterer sogar bei der vorbe-
reitenden Conferenz zugegen war. — Wie sich die
jüngste Session des Reichstages an die Zoll- und
Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers drehte, so
wird, wie sich immer mehr herausstellt, die nächste
Legislaturperiode des Landtags von der Eisenbahn-
Politik des hiesigen Reichstags beherrscht werden. Die
Abschlüsse über den Ankauf der meissen Privatbahnen
barren nur noch der Genehmigung der betreffenden
Generalversammlung und der Zustimmung des
Landtags, um perfect zu werden. Wenn Dies ge-
schehen ist, würde, wie erst jüngst die „Nat.-Ztg.“
in einer detaillirten Darstellung der schwebenden
Verhandlungen nachgewiesen, der preussische Staat
ein zusammenhängendes, den Verkehr beherrschendes
Reich erwerben, während die im Privatbesitz blei-
benden Bahnen nur theilweise einen Zusammen-
hang haben würden. Das nationalliberale Blatt
fügte hinzu, die Selbstständigkeit der Privatbahnen
würde dann mehr Form als Thatsache sein, indem
es zugleich ausführte, daß durch die Realisirung der
Rahbacht'schen Ankaufsprojecte das Schicksal des
Staats mit ca. 1800 Mill. Mark belastet werden
würde. Wir zweifeln nicht im Geringsten daran, daß
die nationalliberale Partei, zu welcher sehr ent-
schiedene Gegner des Staatsbahnsystems gehören,
die wirtschaftlichen und politischen Gefahren voll-
kommen zu würdigen weiß, welche aus den un-
fassenden Ankaufs-Projecten des Ministers Rah-
bacht hervorgehen könnten. Wenn in dem nun-
mehr offiziell festgestellten Wortlaut des natio-
nalliberalen Wahlausrufs die principielle
Bedeutung der Frage umgangen wird, so ist da-
mit sicherlich nicht ausgedrückt, daß die Unterzeich-
ner jene Gefahren weniger gering anschlagen.
Die Ankündigung, daß die Partei mit dem festen
Entschluß in den Wahlkampf eintrete, das Ver-
fassungsrecht des Landes gegen jeden Angriff zu
wahren, bezieht sich eben so sehr auf die Eisen-
bahnpolitik der Regierung, soweit dieselbe die
constitutionellen Rechte der Volkvertretung ge-
fährden könnte, als auf die geplante Verlänge-
rung der Etats- und Legislatur-Perioden, gegen
welche der Wahlausruf sich mit großer Ent-
schiedenheit ausspricht. Die nationalliberale Partei
wird die einzelnen Eisenbahn-Vorlagen sachlich
prüfen und gegen den etwaigen Mißbrauch der
angegebenen Befugnisse der Verwaltung Garantie
zum Schutze des verfassungsmäßigen Rechts anzu-
richten suchen. Die Generalisirung oder vielmehr

eine principielle Stellungnahme in der Eisenbahn-
frage mußte den Unterzeichnern des Wahlausrufs um
so weniger opportun erscheinen, als dadurch die ja
nicht mehr geleugneten Meinungsverschiedenheiten in
der Partei noch vor den Wahlen zu entschiedenem
Ausdruck gelangt wären. Wenn in fortschritt-
lichen Organen über die Unbestimmtheit des Aus-
spruchs in dem nationalliberalen Wahlausruf gellagt
wird, so muß darauf hingewiesen werden, daß
gerade dadurch die letzte Entscheidung in dieser
Frage in die Hände der Wähler gelegt und sogar
eine Verständigung mit der Fortschrittspartei, mit
der ja die nationalliberale Partei im Uebrigen
in dem Entschlusse vollkommen einig ist, alle
Reactionsbestrebungen auf dem Gebiete der Kirche
und Schule sowie überhaupt auf dem Gebiete der
inneren Verwaltung energisch abzuwehren, er-
leichtert wird.“

Politische Uebersicht.

Leipzig, 8. September.

Berliner Correspondenten, welche Verbindungen
mit dem Preßbureau unterhalten und die auf
Grund dieses „intimen“ Verhältnisses öfter-
reichliche Blätter bedienen, scheinen Ordre erhalten
zu haben. Die Bedeutung der Begegnung der
beiden Kaiser in Alexandrowo insofern
wieder abzuwachen zu sollen, als sie der Zu-
sammenkunft den Charakter einer Familienange-
legenheit aufstempeln, die mit der Politik Nichts
zu thun habe. Danach will es scheinen, als solle
die fröhliche Hah auf der ganzen Linie wieder
beginnen. Die Ankünfte zur Fortsetzung des deutsch-
russischen Heberkrieges sind in der That schon
zu erkennen. Die beiden Kämpfer bleiben für die
Zeit außer dem Spiele, dafür muß der russische
Kriegsminister Miljutin herhalten, der als pan-
slawistischer Deutschlandsprecher Deutschland angeblich
„bedrohen“ soll. Es heißt in einer dieser Corre-
spondenzen:

„Die Abneigung des Kriegsministers gegen
Deutschland beziehungsweise die Deutschen giebt
sich auch in der Dislocation der Armees in
den wichtigsten Provinzen Russlands zu erkennen,
welche Dislocation einem wohlgeplanten Aufmarsche
eines zu Operationszwecken versammelten Heeres
nicht ganz unähnlich ist. Es ist dies ein Umstand,
welcher an sich Deutschland außerordentlich gleichgültig
lassen könnte, selbst wenn er nur vernünftiger
Gründe vorhanden wären, die einen Krieg Russlands
gegen Deutschland auch nur möglich erscheinen
ließen. Die Heerzügen der russischen Presse und
die in derselben sich fast überbietende Gehässigkeit
legt aber die Erwägung nahe, daß unter anderen,
heute nicht bestehenden und sobald nicht zu ge-
wärtigen Verhältnissen ein Rückzug doch ungleich
werden könnte, der es heute schon seinen Inter-
essen angemessen erachtet, sich schoufertig zu machen.
Einem solchen Rückzug gegenüber je eher desto
besser ins Reine zu kommen, sich namentlich zu
vergewissern, ob seine derartige Haltung von ernsten
Absichten oder nur vom Unverstande dictirt wird,
ist eine der ersten Pflichten jeder Regierung, vor-
züglich wenn dieselbe sich bisher in ihren Grenz-
provinzen auf eine solche Nachbarschaft militärisch
in keiner Weise eingerichtet hatte. Eine ruhige,
ihr Verantwortlichkeit bewusste Politik muß mit
den Thatsachen rechnen, nicht wie sie sein könnten
oder sein müßten, sondern wie sie sind, und hat
namentlich den Umstand ins Auge zu fassen, daß
mittunter die besten Absichten eines Souverains
dem Druck mächtiger Einflüsse unterliegen können,
denen es gelungen ist, die allgemeine Volkstimmung
oder Das, was dafür auszugeben wird, für sich anzu-
schließen. Die lächerliche Denunciation eines russi-
schen Officiers gegen die Danaburger Feuer-
wehr, welche letztere bekanntlich inzwischen durch
den Kaiser in Person in ausreichender Weise re-
parirt worden ist, läßt die Früchte erkennen, welche
die vom Grafen Miljutin geführte oder doch
bestehende Ausfaat zu zeitigen beginnt, und für
Deutschland erwächst ein Interesse, sich über das
Angebot dieser Richtung klar zu werden.“

Dieser Wink läßt an Deutlichkeit Nichts zu
wünschen übrig; nur müßten wir bezweifeln, daß
er in Petersburg verstanden werden wird und daß

Ranonschläge dieses fabricates die stark ge-
trübte Atmosphäre zu reinigen im Stande sind.

Ueber den Fortschritt der in Preußen hervor-
tretenden Reactionsbestrebungen auf dem
Gebiete der Kirche und Schule wird uns aus
Berlin wie folgt geschrieben: „Auf der im nächsten
Monat zusammentretenden ersten ordentlichen
Generalsynode der evangelischen Landes-
kirche Preußens will man von orthodoxer
Seite vor allem Anderem mit dem Antrage hervor-
treten, die jetzt gültigen Instructionen bezüglich
der Kesttenwahl aufzuheben, wofür nicht etwa
der Oberkirchenrath dieselben aus eigener Initiative
noch vor dem Zusammentritt der Synode annullirte.
Denn es sei notwendig, daß mit den Qualifications-
bestimmungen ein Ernst gemacht und die persö-
nliche Anmeldung der Wahlberechtigten eingeführt
würde, bei welcher diese zu erklären hätten, daß
sie ihr Wahlrecht den Ordnungen der Kirche ge-
mäß ausüben wollten. Von der Forderung, daß
die sich Meldenden ein Glaubensbekenntnis ablegen,
will man für dieß Mal noch absehen. Mit Recht
wird auf die Ankündigung dieser Pläne von kirch-
lich freisinniger Seite erwidert, daß es heute noch
gerade wie vor sechs Jahren weit mehr gelte, die
Gemeindeglieder zur Bethätigung an den kirch-
lichen Wahlen und damit zur kirchlichen Thätigkeit
überhaupt willig zu machen, als sie davon zu-
rückzuschrecken. Die Aufhebung der Erläuterungen,
welche der Oberkirchenrath damals über die Qua-
lificationsbestimmungen gegeben, und die Anordnung
der persönlichen Anmeldung würden nicht nur allen
möglichen zelotischen Ausbreitungen Thür und
Thor öffnen, sondern ungewissheit auch vielen
ernstgesinnten Gemeindegliedern von vornherein die
Theilnahme an der Wahl und den Eintritt in die
kirchlichen Gemeindeglieder verleidet.“ So weit der
Bericht. Ueber die rückschrittliche Strömung im
Allgemeinen äußert sich der „Dann. Courrier“ sehr
treffend wie folgt:

„Wäre irgend ein neuer, ein origineller Gedanke
in den Forderungen, welche jetzt den Principien
der liberalen Gesetzgebung und Verwaltung
entgegengestellt werden, so könnte vielleicht die An-
sicht, daß es einmal damit zu versuchen sei, hie
und da Buzel fassen; aber die Wahrheit, welche
heute ansprieht wird, war in den fünfziger und
ersten sechziger Jahren ja obenau, und ihre
Schöpfungen brachen unter der Wucht der
Nation überall zusammen, sobald ihnen die künst-
lichen Stützen entzogen wurden. Wir gegen nicht die
geringste Befürchtung, daß ein Sieg der reactio-
nären Bestrebungen bei den bevorstehenden Wahlen
etwa im deutschen Reich für irgend welche Dauer
innere staatliche Zustände begründen könnte, welche sich
selbst zur Zeit des Frankfurter Bundesstaats so unbal-
barm erwiesen, daß noch vor ihrer Beseitigung das
Leben die ihm überal in engen Formen geprengt und
durchbrochen hätte: wie viele von den Einrichtungen,
deren Wiederherstellung man jetzt befürwortet,
z. B. im Justizwesen, waren Jahre lang vor ihrer
Abschaffung offenbunde Wunden, indem sie beständig
von aller Welt verächtet und übertreten wurden!
Aber wenn eine Reaction auch nur ein kurzlebige
Intermezzo wäre, so brächte sie und doch zum
Wiederkehren überflüssige Kämpfe, in denen wieder
besiegt werden, was die reactionäre Politik
zu einem Hintertreffen berufen, und wieder be-
gegriffen werden müßte, was sie gestört hätte. Ni-
gends aber sind solche Schwankungen so verderblich
als auf dem Gebiete der Kirche, welches in erster
Reihe in Frage steht: dem des Schulwesens.
Oder kann man erwarten, daß die Vertheilung voll-
ständigen Erstes ihres Berufes wollen könnte,
wenn ihr gestern die Grundzüge Fall's zur Richt-
schnur gegeben wurden, morgen aber die Raumer-
wähler'schen an deren Stelle treten, und nach
einiger Zeit von Neuem die Fall'schen?“

Die Nachrichten über die österreichisch-
ungarische Truppenbewegung in der Türkei
sind bis zur Stunde sehr spärlich. Ueber die
Dispositionen, betreffend den Einmarsch nach dem
zu occupirenden Sanjak Novi-Bazar, enthält
die Wiener Wochenschrift folgende Mittheilungen:
„Am den 10. d. wird der Vormarsch der öster-